

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 82. Ratssitzung vom 21. September 2011

1759. 2008/320

Postulat der CVP-Fraktion vom 02.07.2008: Renitente Schülerinnen und Schüler, Schaffung einer speziellen Institution

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Christian Traber (CVP) begründet namens der CVP-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3304/2008): Den meisten von Ihnen dürfte bekannt sein, wie schwierig es ist, einen renitenten Schüler oder eine renitente Schülerin vorübergehend aus der Klasse auszuschliessen. Die Hürden dafür sind sehr hoch, auch wenn die ganze Klasse erwiesenermassen darunter leidet und an normalen Unterricht nicht zu denken ist. Mit dem Vorstoss sollen die Lehrpersonen nicht vor der Arbeit mit schwierigen Schülern bewahrt werden, sondern es geht darum, die betroffenen Mitschüler zu schützen beziehungsweise einen seriösen Unterricht für den Rest der Klasse zu ermöglichen. In der Stadt Zürich ist zudem ein unterschiedlicher Umgang mit solchen Situationen zu beobachten. Anscheinend kommt es vor, dass eine solche Schülerin oder ein solcher Schüler bis zu drei Monate in der Klasse mitgeführt werden muss, bevor eine vorübergehende Wegweisung ausgesprochen wird. Der Vorstoss fordert eine einheitliche Regelung für die ganze Stadt Zürich und zeigt einen möglichen Weg dafür auf. Daher bitte ich um Ihre Unterstützung.

Fabienne Nicole Vocat (Grüne) begründet den von Daniel Leupi (Grüne) namens der Grüne-Fraktion am 3. September 2008 gestellten Ablehnungsantrag: Spezielle Institutionen sind Sonderschulen und spezielle Klassen sind Kleinklassen. Beide haben einen Haken. Für die Zuweisung in die Sonderschule existiert kein Kurzverfahren, denn es braucht eine schulpsychologische Abklärung und bei einer Zunahme der Kleinklassen werden die Regelklassen immer grösser. Zudem verfügt der Kanton Zürich bereits über die höchste Sonderschulquote der Schweiz. Es existiert keine klare Diagnose für renitente Schülerinnen und Schüler, sondern es handelt sich lediglich um eine persönliche Einschätzung der jeweiligen Lehrperson. Ich gebe zu bedenken, dass es ein schwerer Eingriff in die Bildungsbiographie eines Kindes ist, wenn es in die Sonderschule oder in eine Kleinklasse eingewiesen wird. Dies soll sorgfältig überlegt sein und nicht in einem Schnellverfahren abgehandelt werden. Ein weiteres Problem sind die finanziellen Mittel. Ein Kind in einer Sonderschule kostet pro Jahr zwischen 55 000 und 300 000 Franken, während ein normaler Primar- oder Sekundarschüler Kosten von 12 600 Franken verursacht. Mit diesem Geld wollen die Grünen lieber die Regelschule unterstützen und stärken. Daher lehnen wir diesen Vorstoss ab.

Ruth Anhorn (SVP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Seit der Einführung des neuen Volksschulgesetzes besteht die Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler bis zu drei Monate der Schule zu verweisen. Zudem kann die Schulpflege eine Wegweisung von bis zu zwei Tagen als Sofortmassnahme beschliessen. Die Verantwortung für die Betreuung und die Beschäftigung während dieser Zeit liegt gemäss der Verordnung bei den Eltern. Für die meisten davon betroffenen Schülerinnen und Schüler ist das schulfreie Zeit. Die SVP findet es gut, dass die so bestrafte Schülerinnen und Schüler keine schulfreie Zeit erhalten und schlägt Ihnen daher folgende Textänderung vor: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Stadt Zürich kostenneutral und ohne zusätzliche Stellen spezielle Institutionen geschaffen werden können (...) .» Mit dieser Ergänzung würde die SVP das Postulat unterstützen.

Weitere Wortmeldungen:

Mark Richli (SP): Die SP hat eine ähnliche Meinung wie die Grünen. Der Aufbau einer teuren Institution ist nicht sinnvoll. Die Problematik der schwierigen Kinder muss auf niederschwelliger Basis gelöst werden. Die Idee der SVP ist aus meiner Sicht nicht umsetzbar, denn es ist mir ein Rätsel wie eine neu geschaffene Institution kostenneutral sein soll.

Andrea Hochreutener (SP) hält den verwendeten Begriff «renitente Schülerinnen und Schüler» für sehr gefährlich, da das Verhalten der Kinder durch die Lehrpersonen unterschiedlich interpretiert werde. Zudem seien die Lehrpersonen für die Entwicklung der Kinder mitverantwortlich. Daher müsse die Beziehungsebene gestärkt und der Unterricht durch die Mitsprache der Kinder geprägt sein. Es sei ihr wichtig, dass für Problemkinder andere Lösungen als der Schulausschluss gefunden würden, da dieser der integrierten Förderung entgegenlaufe. Aus diesen Gründen lehne die SP das Postulat ab.

Isabel Garcia (GLP): Die vom Postulanten angeführten Gründe scheinen für die GLP plausibel zu sein. Wir halten es für richtig, dass Problemkinder ohne grossen bürokratischen Aufwand sofort aus der Regelklasse genommen werden können, damit diese ungestört weiterarbeiten kann. Zudem ist es wichtig, dass die ausgeschlossenen Kinder eine Struktur erhalten und weiterhin unterrichtet werden. Daher wird die GLP den Vorstoss unterstützen.

Claudia Simon (FDP) erläutert die Position der FDP, die der Ansicht ist, dass es bereits genug Möglichkeiten gebe, um renitente Schülerinnen und Schüler sofort aus dem Regelunterricht zu entfernen und sie geeigneten Institutionen zuzuführen. Daher lehne die FDP den Vorstoss ab.

Dr. Thomas Monn (SVP): Das vom Postulat angesprochene Problem ist an unseren Schulen äusserst ernst. Die Massnahmen haben die Aufgabe, den normalen Unterricht der Regelklassen sicherzustellen. Die ansteigende Gewalt und auch der zunehmende

Vandalismus wirken sich negativ auf den Schulbetrieb aus. Schwierige Kinder führen zu Unruhe und zu einer Vielzahl von teuren sonderpädagogischen Massnahmen. Die Folgen davon sind Frustration und die negative Wahrnehmung der sich korrekt verhaltenden Schülerinnen und Schüler.

Die geforderte spezielle Institution erscheint uns sinnvoll. Die SVP ist aber der Ansicht, dass es dafür keine zusätzlichen Stellen braucht, sondern dies durch die Verschiebung von bestehenden sonderpädagogischen Ressourcen erreicht werden kann. Zudem müssen die Eltern auf ihre Erziehungspflicht aufmerksam gemacht werden. Die SVP wird das Postulat daher nur mit der von ihr eingebrachten Textänderung unterstützen.

Marina Garzotto (SVP) *wundert sich, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen, da es bereits eine notfallmässige Sofortmassnahme gebe. Störende Kinder könnten nämlich in den Hauptfächern im Einzelunterricht unterrichtet werden, sodass sie den Anschluss nicht verlören. Damit verfügten sie nicht über schulfreie Zeit. Sie selbst habe auch solche Kinder unterrichtet. Die Spezialklasse, in der mehrere solcher renitenter Kinder unterrichtet werden sollten, würde wahrscheinlich keinen Lehrer finden, da niemand eine solche Klasse unterrichten wolle.*

Fabienne Nicole Vocat (Grüne): *Meine Vorrednerin ist sich sicher dessen bewusst, dass der Einzelunterricht nicht kostenneutral ist. Zudem ist es naiv zu glauben, dass mit dem Ausschluss eines bestimmten Schülers sofort wieder in Ruhe in eine Klasse einkehrt.*

Christian Traber (CVP) *ist mit der Textänderung einverstanden: Die Erfahrungen zeigen, dass es sich meistens wirklich nur um einen einzigen Schüler handelt. Es ist aber auch klar, dass nach dessen Entfernung aus der Klasse ein anderer Schüler diese Position einnimmt.*

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Umsetzung unseres Vorstosses schwierig wird, wenn wir die Textänderung der SVP akzeptieren. Trotzdem sind wir damit einverstanden, da der Stadtrat mit dem Postulat lediglich einen Prüfungsauftrag erhält.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: *Die Entgegennahme des Postulats ist aus Sicht des Stadtrats durchaus gerechtfertigt. Der Stadtrat spricht sich klar für die Integration in der Volksschule aus. Es ist zu beobachten, dass es immer mehr jüngere verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler gibt, die auch mit Unterstützung sehr schwer zu betreuen sind. Dafür gibt es diverse Gefässe, die solche Kinder für die Stadt Zürich betreuen. Wenn an der Integration in der Volksschule festgehalten werden soll, benötigen wir diese Ausweichmöglichkeiten weiterhin.*

Einzelunterricht ist sehr aufwendig und teuer. Daher ist der Stadtrat bereit, zu prüfen, ob im kleinen und bescheidenen Rahmen ein weiteres Auffanggefäss für den Notfall geschaffen werden kann, sodass die betroffenen Kinder nicht mehr der Sonderschule zugewiesen, sondern in dieser speziellen Institution betreut werden können.

4 / 4

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Stadt Zürich kostenneutral und ohne zusätzliche Stellen spezielle Institutionen geschaffen werden können, welche renitente Schülerinnen in einem Kurzverfahren innert 3 Wochen aufnehmen. Während des Besuchs dieser Institution soll abgeklärt werden, welche Massnahmen zusätzlich oder anstelle dieses Besuchs getroffen werden müssen. Zwischen der Regelklasse und dem Übertritt in diese Institution darf keine „schulfreie“ Zeit entstehen (kein Schulausschluss).

Das geänderte Postulat wird mit 44 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat